

Kurz und Bündig

Informationen aus der Kreistagsfraktion

Jahrgang 8

Ausgabe 1

März 2024



Auf ein Neues

Nach dem Jahreswechsel nimmt die Kommunalpolitik wieder Fahrt auf. Die erste Runde der Ausschusssitzungen in diesem Jahr ist abgeschlossen. Zeit also für den regelmäßigen Überblick über die Themen im Kreistag und die Positionen der FDP-Kreistagsfraktion. Nachdem die Beschlussfassung zum Haushalt die Eckpunkte festgelegt hat, geht es jetzt an die Umsetzung. Wie immer sind im Zentrum der fraktionsinternen Diskussionen die Linien unseres Wahlprogramms von 2020: Mehr Digitalisierung, mehr Bildung, schlanke Verwaltung und sorgsamer Umgang mit den Finanzen. So wenig Bürokratie wie möglich, so wenige Verbote und Vorschriften wie möglich. Weiterhin im Zentrum: Technologischer Fortschritt mit einem Schwerpunkt der Anwendung von Wasserstoff als Energieträger in Stromerzeugung und als Treibstoff.

Auf den folgenden Seiten geben wir Ihnen den gewohnten Überblick über die aktuellen Schwerpunktthemen in den Ausschüssen des Kreises und über die Positionen der Fraktion.

Aktueller Schwerpunkt ist das Thema "Wasserstoff und seine Rolle im Energiemix der Zukunft". Die Fraktion hat in einem internen Informationsgespräch dazu den Wettringer Projektmanager Lennart Lohaus gehört, der für eine Dortmunder Firma die Umwandlung von Photovoltaik-Strom in Wasserstoff betreut und damit sowohl die Produktion versorgt als auch den Energieverbrauch in der Firma managt, wenn Sonne nicht scheint und Wind nicht weht. Außerdem stehen Besuche bei der Firma Theisen in Ochtrup an, einem Hidden Champion im Kreis, wenn es um die Produktion von Wasserstofftankstellen geht. Und die Fraktion bemüht sich um einen Besuchstermin bei der Westfalen-Gas als Netzbetreiber. Also einmal rund um Erzeugung, Lagerung, Verteilung und Nutzung von Wasserstoff als Energieträger.

Die Fraktion sträubt sich weiterhin gegen die Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbau-Gesellschaft, wie von der SPD angestrebt. Eine Konkurrenz zu den funktionierenden kommunalen Gesellschaften muss nicht auch noch aus der Kreisumlage finanziert werden.

Auch Bundespolitisches fand im Kreistag statt. In einer Resolution unterstützt der Kreis Steinfurt die "Trierer Erklärung", die sich im Kern gegen die Ausgrenzung von Menschen aufgrund von Herkunft wendet und Re-Migration und Deportation verurteilt. Dagegen hat sich die AFD-Gruppe gewehrt. Soweit - so erwartbar. Wirklich gezeigt, was Geistes Kind sie sind, zeigte sich aber, als deren Vertreter sich zwar wortreich über die angebliche Fehlinformation des Correctiv-Berichtes beklagten, aber schmallippig wurden, als sie von der FDP Fraktion aufgefordert wurden, sich inhaltlich von dieser Position zu distanzieren. Dazu dann kein Wort. Alles was sonst noch wichtig ist, lesen Sie auf den nächsten Seiten.

Inhaltsverzeichnis:

Fachkommission IT	... 2
Kreispartnerschaften	... 2
WertArbeit	... 2
Jugendhilfe	... 2
Bauen-Verkehr-Wirtschaft	... 2
Personal und Gleichstellung	... 3
Klima - Energie - Naturschutz	... 3
Schule - Kultur - Sport	... 3
Landwirtschaft und Forsten	... 4
Gesundheit -	
Bevölkerungsschutz	... 4
Arbeit - Soziales - Integration	... 4

Impressum:

Dies ist eine Information der Fraktion der FDP im Kreistag von Steinfurt.

Vorsitzender:

Hans-Jürgen Streich
Waldfrieden 8A
49479 Ibbenbüren

Verantwortlich:

Dr., E. Grütznert
Poststraße 16
48429 Rheine

E-Mail: dr.gruetznert-online.de



WertArbeit gGmbH

Ende des Jahres 2023 zeigte sich erneut und unerwartet eine wirtschaftliche Schiefelage in der Tätigkeit der WertArbeit. Diese Finanzlücke konnte kurzfristig mit Hilfe eines Beschlusses des Kreistages behoben werden. Gleichzeitig wurde jedoch ein Gutachten in Auftrag gegeben, mit dem die wirtschaftliche Basis der Wertarbeit durchleuchtet werden soll und das Auskunft über die zukünftige Ausrichtung der Gesellschaft geben soll. Ziel des Gutachtens ist eine ergebnisoffene Bilanz ähnlich wie beim Gutachten zum FMO. Damit soll für künftige politische Entscheidungen auf Dauer Klarheit geschaffen werden, ob

überhaupt und unter welchen Bedingungen die Arbeit der WertArbeit wirtschaftlich gesichert fortgesetzt werden kann. Die Fragestellung für das Gutachten wurde inzwischen festgelegt und der Rahmen formuliert. Mit Vorliegen der Ergebnisse wird im Juni gerechnet, die Findungskommission für den Gutachter besteht verwaltungsseitig aus Landrat Dr. Sommer, dem Kämmerer Herrn Termathe und Herrn Fuchs als zuständigem Dezernenten. In Anbetracht der Auswirkungen waren sich die politisch Beteiligten einig, dass hier Sorgfalt bei der Erstellung und Beurteilung vor Geschwindigkeit geht.

FACHKOMMISSIONEN

IT und Digitales:

Im Rahmen des Digitalpaktes des Bundes und der Länder hat die Fachkommission die Anschaffung von mehr als 100 interaktiven Panels für die kaufmännischen Schulen in Rheine beschlossen. Die anfallenden Kosten von fast 350.000 Euro werden zu 90% aus dem Fördertopf getragen. Zusätzlich wurde das Formularwesen im Kreis weiter ins Blickfeld genommen. Zunächst werden im Gesundheitsamt die Formulare weitgehend digitalisiert. Auch dafür stehen erhebliche Fördermittel zur Verfügung. Die Erfahrungen sollen dann als Blaupause für die Digitalisierung von Formularen in anderen Ämtern dienen.

Kreispartnerschaften:

Im Rahmen der Unterstützung der Ukraine mit der Oblast (vergleichbar Kreis) Tscherkassy in der Ukraine sind die ersten Hilfslieferungen inzwischen angekommen. Geliefert wurden Ausrüstungsgegenstände für Kindergärten und Schulen, aber auch Verbrauchsmaterialien und Geräte für die umliegenden Krankenhäuser.

Ausschüsse aktuell

Jugendhilfe

Thema Bedarfsplanung Kindergartenplätze: Die Planungen für das Jahr 2024/2025 laufen, die zur Verfügung stehende Zahl der Plätze ist ausreichend. Das Verteilungsverfahren läuft online. Auch wenn nicht immer der Wunschplatz zur Verfügung steht, ist kreisweit die Versorgung gesichert und die U-3 Versorgung kann weiter ausgebaut werden. Die Elternbeiträge werden aufgrund der gestiegenen Energie und Personalkosten in den Einrichtungen steigen.

In der Diskussion ist auch die Erstattungspraxis für Kindergartengebühren bei ausgefallenen Betreuungstagen. Nicht alle Träger melden verzögerungsfrei und vollständig ausgefallene Gruppentage. Das führt bei den Elternbeiträgen zu Unmut. Die FDP will jetzt wissen, ob einzelne Träger hier besonders auffallen und wie groß die Defizite sind. Die Gemeinde Laer hat ihren Zuschuss für die Mieten der Kindergärten jetzt als freiwillige Leistung gestrichen. Diese Zuschüsse werden jetzt vom Kreis übernommen, aber der Gemeinde ungeschmälert in Rechnung gestellt. Damit wird aus der freiwilligen Leistung eine Pflichtleistung. Das ist wichtig bei drohenden Haushaltssicherungskonzepten. Ein Nachahmungseffekt andernorts ist wahrscheinlich.

Bauen - Verkehr - Wirtschaft

Drei große Projekte bestimmen derzeit die Bauplanungen im Kreis. Radwegesituation, Katastrophenschutzlager und Ausbau der Peter-Pan-Schule in Rheine. Sowohl in Ibbenbüren als auch in Altenberge werden die Radwegeplanungen vorangetrieben. Im Projekt "Katastrophenschutzlager", liegt die Planungshoheit im Bauausschuss, der Ausschuss für Bevölkerungsschutz wird zusätzlich informiert. Die Planungen zur Westumgehung in Emsdetten werden ungeachtet der jetzt vom BUND eingereichten Klage fortgeführt. In allen Fragen ist die Position der FDP unverändert. Im Unterbereich "Verkehr" soll

die Linienführung im Busverkehr so angepasst werden, dass die Forensik in Hörstel mit Bussen erreichbar wird. Notwendig wird dies, damit sowohl die Beschäftigten als auch Besucher die Forensik mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen können. Das Bündnis "FMO-Ausstieg jetzt" hat eine Petition zur Beendigung des Betriebs am FMO eingereicht. Nach den Ergebnissen des Gutachtens zur Lage und zum Betrieb des FMO steht die Fraktion weiterhin vollumfänglich zum Flughafen als einem der wichtigen Infrastrukturelemente des Kreises. Entsprechend wird sie die Petition ablehnen.

Personal und Gleichstellung

Nachdem eine Anfrage der SPD - Kreistagsfraktion sich mit der Planung für die baulichen Notwendigkeiten des Kreises in den kommenden 10 Jahren befasst hat, fragt die FDP Kreistagsfraktion nun nach den Planungen für den Personalbereich. Wo wollen wir hin? Wie machen wir weiter mit Home-Office in der Verwaltung? Welche Überlegungen gibt es für „Co-Working-Spaces“, in denen mehrere Mitarbeiter ein Büro nutzen können? Welche Überlegungen gibt es, die 4-Tage-Woche in der Verwaltung einzuführen und umzusetzen? Die Antwort auf unsere Anfrage durch die Kreisverwaltung fiel allerdings mehr als enttäuschend aus: Zunächst soll jetzt

geprüft werden, welche Konsequenzen sich ergeben. Auf die sehr konkreten Fragenstellungen der FDP-Fraktion wird 6 Monate nach der Anfrage mit keinem Wort eingegangen. Sorgfalt sieht anders aus. Weiteres Thema: Bedarfsanalyse Personalbedarf im Jugendamt. Die Firma INSO hat eine Organisationsanalyse durchgeführt. Danach sind im Jugendamt ca. 16 weitere Stellen zu schaffen. Die politische Meinungsbildung hierzu steht an. Personellen Mehrbedarf gibt es auch im Ausländeramt. Durch das jüngst beschlossene neue Einbürgerungsrecht wird ein Arbeitsanstieg erwartet. Derzeit dauert die Antragsbearbeitung ca. 11 Monate.



Umwelt, Klima, Naturschutz und Energie

Schwerpunktthema der Fraktion ist aktuell erneut die Implementierung von "mehr Wasserstoff" in den Energiemix des Kreises. Hierzu hat die FDP-Kreistagsfraktion angefragt, wie der weitere Fahrplan bei diesem Thema verwaltungsintern aussieht. Nachdem ursprünglich die H₂-basierten Technologien in der Ausrichtung des Kreises eine führende Rolle gespielt hatten, ist nach dem fehlenden Erfolg bei der Bewerbung als Förderregion ein Interessensverlust bis zum Stillstand eingetreten. Hier will die Fraktion wissen, wie es weitergehen soll und welche Vorstellungen die Verwaltung hat, um wieder Schwung in ihre Überlegungen in das Thema zu bringen.

Die Fraktion hat sich zu diesem Zweck über die Anwendung eines eigenen Elektrolyseurs in einem Dortmunder Premiumanbieter zur Herstellung von Pumpen und Pumpensystemen in der Wärmetechnik informieren lassen. Seinen Vortrag fasste der Wirtschaftsingenieur und Projektmanager Lennart Lohaus aus Wetzringen so zusammen: „Auch wenn derzeit die Investitionskosten der Gesamtsysteme im Vergleich zu den fossilen Energiesystemen höher sind, existieren Lösungen, mit denen die Umsetzung einer klimaneutralen Energieversorgung aus ökonomischer Sicht überzeugend ist. Dazu ist es wichtig, dass die Politik dafür entsprechende Rahmenbedingungen schafft. Außerdem sollten nicht nur die Investitionskosten betrachtet werden. Die Betriebskosten der fossilen Energiesysteme werden in Zukunft die Kostentreiber sein. Sie ist geeignet, Phasen zu überbrücken, in denen Sonne und Wind nicht zur Verfügung stellen. Die Kosten für 1 kWh nutzbaren Stroms aus Wasserstoff liegen dabei brutto bei ca. 50 Ct, wobei alle Investitionskosten mitgerechnet sind. Der Effizienzgrad bei der Umwandlung von Strom in Wasserstoff und rückwärts liegt dabei bei 80%, wenn man die Nutzung der Abwärme einrechnet.“ Für die Fraktion insgesamt Grund genug, sich Gedanken über die Implementierung in ein Kreisgebäude nachzudenken, um eigene Erfahrungen zu sammeln. Der dritte Termin in diesem Themenkomplex gilt der Verteilung von erzeugtem Wasserstoff. Mit der Fa. THEISEN in Ochtrup gibt es einen "Hidden-Champion" im Kreisgebiet. Sowohl in der Abfüllung von Wasserstoff als auch in der Produktion von Tankstellen ist THEISEN einer der Marktführer in Deutschland und einer der Big Player in Europa. Die FDP-Fraktion wird sich vor Ort bei einem Besuch informieren und weiteres Know-How aneignen.

Kultur - Schule - Sport - Tourismus

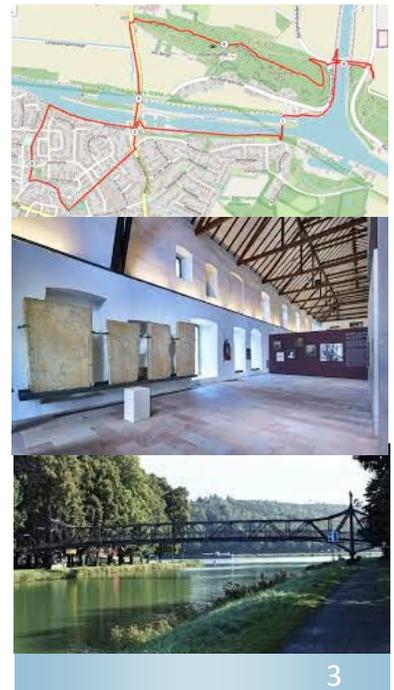
Eine Reihe von Informationen zu den kulturellen Veranstaltungen des Jahres 2023 sowie die Vergabe für das Projektstipendium im Jahr 2025 werden beraten. 2 Projekte sind in der Auswahl, die entsprechenden Jurysitzungen sind terminiert. Der Ausschuss hat auch festgelegt, welche Werke aus dem letzten Projektstipendium angekauft werden. Die Fraktion strebt an, diese Werke in Form einer Wanderausstellung kreisweit zugänglich zu machen.

Im Schulbereich sind im Rahmen der Vorbereitung zur Europawahl eine Reihe von Informationsveranstaltungen angelaufen. Erstmals wurde in Deutschland das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt. In diesen Veranstaltungen wird die Rolle des Europaparlaments verdeutlicht um auch eine Motivation zur Ausübung des Wahlrechts in dieser Altersgruppe zu erzeugen. EUROPE DIRECT führt beispielsweise Rollenspie-

le zu Gesetzgebung in den Schulen durch, etwa zum Thema "Förderung der Nachhaltigkeit". Die Veranstaltungen enden mit Abstimmungen, die auf und mit den Handies der Schüler durchgeführt werden.

Der Kreis Steinfurt bekommt eine neue Schulaufsichtsbeamtin, die sich in den entsprechenden Gremien vorgestellt hat.

Eine Potentialanalyse zum Wassertourismus im Kries Steinfurt hat vorwiegend ernüchternde Ergebnisse gezeigt. Bedingt durch die Berufsschiffahrt bestehen eine Reihe von Einschränkungen, die Schwimmen oder Stand-up-paddling einschränken. Gleichzeitig sind die Kanäle nicht uneingeschränkt zugänglich, so dass Reiten, Spazierengehen oder Radfahren ebenfalls nur bedingt möglich ist. Lösungen sollen jetzt mit Hilfe der Reaktivierung des "Arbeitskreis Nasses Dreieck" erarbeitet werden.





Landwirtschaft und Forsten

Der Ausschuss hat seit der letzten Kreistagssitzung nicht getagt. Dennoch hat sich die Fraktion besonders in den Zeiten der lauten Bauernproteste und Demonstrationen weiter mit der Situation der Landwirtschaft auseinandergesetzt. Die Fraktion teilt die Auffassung, dass in allen landwirtschaftlichen Betrieben eine größere Planungssicherheit herrschen muss und - wie überall - die Notwendigkeit

zum Abbau der überbordenden Bürokratie herrscht. Für den kommenden Europawahlkampf liegt hier einer der Schwerpunkte, die Proteste der Landwirte überall in Europa zeigen die Dringlichkeit.

Die Fraktion legt dabei großen Wert auf den regelmäßigen und intensiven Austausch mit dem WLV vor Ort, hat sich aber auch mit Landwirten getroffen, die nicht dem WLV angehören.

Gesundheit und Bevölkerungsschutz

Schwerpunktthemen sind das neu zu bauende Katastrophenschutzlager sowie das Weihnachtshochwasser. Aufgabe des Lagers ist die Versorgung der Bevölkerung im Katastrophenfall, wie zuletzt bei der Flutkatastrophe an der Ahr. Zu diesem Zweck werden alle notwendigen Vorräte für 1% der Kreisbevölkerung in diesem Lager vorgehalten - vom Bett bis zum Geschirr, nur keine Lebensmittel. Dafür gibt es Verträge mit Dritten. Nach längerer Diskussion um verschiedene Alternativen wie andere Standorte (etwa in Saerbeck) oder alternative Finanzierungskonzepte ist jetzt ein Neubau beschlossen worden. Der Neubau wird in Ochtrup errichtet werden neben der neuen Feuerwache. Mit neuester Hochregaltechnik ausgestattet und einem modernen Lagerhaltungsprogramm. Kosten: Ca. 6 Mio. Euro.

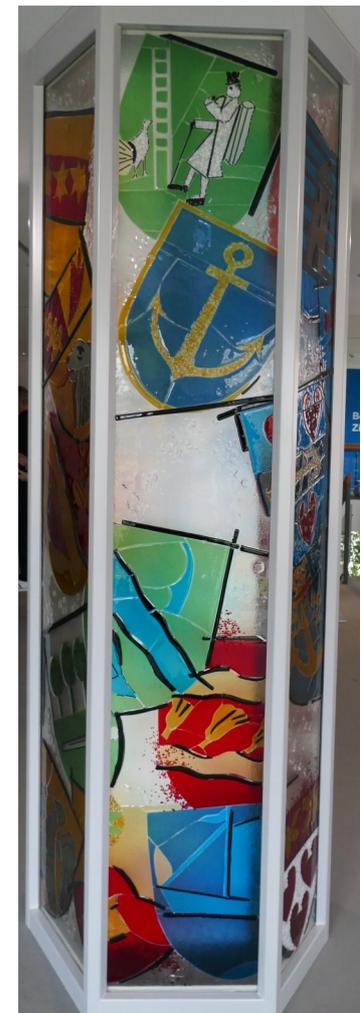
Das Weihnachtshochwasser aufgrund der massiven Regenfälle im Dezember und zum Jahreswechsel bot die Gelegenheit zur Überprüfung von verschiedenen Bedrohungsszenarien. Die Kreisverwaltung berichtet, dass sowohl die Kommunikation zu den Kommunen vor Ort als auch zur Bezirks- und Landesregierung reibungslos geklappt hat und auch innerhalb der Kreisverwaltung im Krisenstab die erarbeiteten Prozesse komplikationslos funktioniert haben. Die aktuelle Vervollständigung der Katastrophenschutzpläne ist im Zeitplan liegend fortgeschritten. Die obligaten Pläne sind weitgehend abgearbeitet, es beginnt die Arbeit mit den nachgeordneten Planungen.

Arbeit - Soziales - Integration

Die Fraktion hat zwei Anfragen an die Kreisverwaltung für diesen Ausschuss eingereicht. Die Fraktion wollte zusammen mit der CDU-Fraktion wissen, in welcher Weise das KIZ auf das Massaker der Hamas an Israelis Anfang Oktober reagiert hat. Beide Fraktionen befürchten, dass eine feindliche Haltung gegenüber Juden und dem Staat Israel durch die zugewanderten islamischen Asylbewerber Raum greifen könnte. Dies widerspricht der aus dem Holocaust resultierenden besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Juden und dem Staat Israel. In einer achtseitigen Antwort hat die Verwaltung reagiert und einen Einblick in die Arbeit des KIZ gegeben. Zusammengefasst muss allerdings festgestellt werden, dass eine spezielle Reaktion auf die Angriffe und die Massaker weder erfolgt

ist noch für notwendig gehalten wurde. Das KIZ verfüge über genügend Instrumente, die den Schulen und den Lehrkräften an die Hand gegeben werden könnten, um die Abscheulichkeiten angemessen historisch und politisch einordnen zu können. Beide Fraktionen haben hier weiteren speziellen Klärungsbedarf und bezweifeln die Effektivität der Arbeit des KIZ. Daher wurde zum besseren gegenseitigen Verständnis ein Werkstattgespräch zwischen allen politischen Fraktionen und Gruppen mit dem KIZ und der Verwaltung vereinbart.

In einer zweiten Anfrage hat die FDP-Fraktion um Auflistung der materiellen Transferleistungen für Bürgergeldempfänger gebeten. Zwei unterschiedliche Szenarien wurden vorgegeben: Szenario 1 ist eine alleinerziehende Mutter mit 2 Kindern, die halb-



tags einer Tätigkeit als Bürokauffrau nachgeht. Szenario 2 ist eine ukrainische 5 köpfige Familie aus 2 Erwachsenen und 3 Kindern.

Die Verwaltung hat diese Anfrage in Form von 2 Musterberechnungen beantwortet. Danach erhält die alleinerziehende Mutter Hilfen in Höhe von knapp 900,- Euro, die ukrainische Familie Hilfen in Höhe von etwas mehr als 3000,— Euro. Hinzu kommen für beide Szenarien Sonderleistungen für Bildung und Teilhabe in Form von Zuschüssen für Kulturangebote oder den ÖPNV.

In einem Antrag fordert die FDP die Umsetzung der Einführung der Bezahlkarte im Kreis Steinfurt für Asylbewerber. Sie folgt damit der Haltung der Landtags- und der Bundestagsfraktion. Eine Verzögerung will die Fraktion nicht hinnehmen.